
FDP Bruchköbel

MEHR FAKTEN UND WENIGER EMOTIONEN IN DER FLUGLÄRMDEBATTE

18.08.2011

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde das Thema Fluglärm und der Inhalt der Rodenbacher Erklärung diskutiert. Als einzige Fraktion stimmte die FDP Fraktion dem gemeinsamen Antrag von CDU, Grünen, BBB und SPD nicht zu. Denn nach Auffassung der FDP Bruchköbel handelt es sich bei dieser sogenannten Rodenbacher Erklärung, sowie der entsprechenden Resolution der Bürgermeister des MKK um eine wirkungslose Geste, die weder der komplexen Problemlage noch den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Stattdessen soll so einfache Stimmungsmache ernsthafte Politik ersetzen.

In der Erklärung werden ein absolutes Nachtflugverbot, kontinuierliche Anwendung des CDA Anflugverfahrens und eine Rücknahme der Absenkung der Flughöhe gefordert. Bzgl. des Nachtflugverbotes steht die gerichtliche Entscheidung jedoch nach wie vor aus. Das geforderte CDA Anflugverfahren (kontinuierlicher Gleitsinkflug) ist im engen Luftraum des Rhein-Main-Gebietes nicht umzusetzen. Der gerne gezogene Vergleich mit London Heathrow geht völlig fehl, da Großbritannien durch die Insellage viel mehr Platz im Luftraum hat, die für das CDA Verfahren benötigt werden. Ein Flughafen wie Frankfurt im Herzen Europas hat diese Freiräume durch zahlreiche Überflüge und die direkte Nachbarschaft zu anderen europäischen Lufträumen eben nicht. Die Änderung der Anflugrouten im Hinblick auf die Inbetriebnahme der neuen Landebahn mit den geänderten Überflughöhen soll im Übrigen dazu beitragen, dass nicht immer ausschließlich die gleichen Kommunen mehr mit Fluglärm belastet werden. "Hier wäre in der Tat die von den Grünen geforderte Solidarität gefragt, denn die gesamte Region profitiert von dem Flughafen", führt die FDP-Stadtverordnete Sylvia Braun erläuternd aus. Bürgermeister Maibach hat dann auch zur Verwunderung der FDP Fraktion in seinem

Bericht von der letzten Bürgermeisterdienstversammlung bestätigt, dass eine Umsetzung der Resolution aus faktischen Gründen so nicht möglich sein wird. In der Sitzung am vergangenen Dienstag hatten auch Vertreter der Deutschen Flugsicherung (DFS) teilgenommen, um den Bürgermeistern im Kreis Rede und Antwort zu stehen. Generell gaben die Fachleute zu bedenken, dass der Main-Kinzig-Kreis im Vergleich nur geringe Belastungen erfahren würde. Das CDA

Anflugverfahren werde selbstverständlich zu Zeiten angewendet, in denen es möglich ist, so auch der diesbezügliche Bericht des Bürgermeisters. Eine ausschließliche Verwendung dieses Anflugverfahrens ist in Frankfurt aufgrund der Lage des Flughafens in einem stark frequentierten Luftraum nicht durchführbar, auch mit mehr Lotsen ist es auch Sicherheitsgründen einfach nicht möglich. Für den Bereich um Bruchköbel wurde von der DFS sogar eine Anhebung der Flughöhen angekündigt.

Nach diesen Ausführungen zeigte sich der liberale Fraktionschef Jürgen Schäfer doch verwundert, dass der Bürgermeister trotz dieser Erkenntnisse die widersinnige Resolution dennoch unterstützt. Doch mit politischen Gesten, die faktisch keine Wirkung haben und darüber hinaus durch die Unterstützung sinnloser Klagen Steuergelder verschwenden können, ist niemandem geholfen. Für die FDP Bruchköbel erhärtet sich somit der Eindruck, dass hier mit Emotionen und nicht mit Fakten Politik gemacht werden soll.

Links zur Info:

Bürgerinitiative: <http://www.igfluglaerm.de/>

Interaktive Karte: <http://casper.umwelthaus.org/dfs/>